

SPD Kreis Düren, Kreisparteitag, 10. Juni 2006 (Beschluss 4)

Wir fordern einen Strukturentwicklungsfonds für das rheinische Braunkohlenrevier!

Die SPD im Unterbezirk Düren spricht sich für die sofortige Schaffung eines Strukturentwicklungsfonds für das rheinische Braunkohlenrevier aus.

Der Fonds muss von der Landesregierung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und Kommunen geschaffen werden. Seine Finanzierung obliegt vornehmlich der RWE Power AG. Darüber hinaus steht auch das Land NRW in der Verpflichtung, sich in angemessener Weise an der Finanzierung zu beteiligen.

Wenn der Tagebau Inden nicht - wie bisher vorgesehen - mit Erde verfüllt und rekultiviert, sondern als Restsee abgeschlossen wird, ist der dadurch ersparte finanzielle Aufwand von RWE Power als „Grundstock“ in den Strukturentwicklungsfonds einzuzahlen.

Die weiteren Modalitäten eines solchen Fonds müssen in Gesprächen des Landes und der Kommunen mit RWE-Power ausgehandelt werden.

Ziel des Fonds ist es, bereits jetzt Mittel für eine Politik des „geordneten Strukturwandels“ im Rheinischen Braunkohlenrevier zu mobilisieren, die im Verlauf des dann stattfindenden Strukturwandels für eine vorausschauende Strukturpolitik genutzt werden können.

Unsere Landtagsabgeordnete, unser Mitglied im Braunkohlenausschuss, unsere Kreistagsfraktion und alle anderen Stadt- und Gemeinderatsfraktionen werden aufgefordert, sich für die Errichtung eines Strukturentwicklungsfonds für das rheinische Braunkohlenrevier in ihren Gremien einzusetzen.

Begründung:

Niemand von uns kann die Zukunft vorhersagen. Wer dies behauptet, ist schlicht und einfach unseriös, denn die Summe aller Unwägbarkeiten ist unkalkulierbar. Und doch zeichnen bestimmte Spuren der Gegenwart ein Bild denkbarer zukünftiger Entwicklungen. Da, wo derartige Bilder bereits Konturen möglicher gesellschaftlicher Verwerfungen erkennen lassen, ist es Aufgabe der Politik, zukunftsweisende Strategien zu entwickeln, um absehbare Fehlentwicklungen zu verhindern oder zum Positiven verändern zu können. So lässt sich heute ein zukünftiges Szenario beschreiben, dessen Beherrschbarkeit heute angegangen werden muss. Ansonsten werden Chancen für spätere Generationen vertan.

Dies gilt auch für den drohenden und aus heutiger Sicht absehbaren immensen Verlust von Arbeitsplätzen im Rheinischen Braunkohlenrevier nach dem Ende der Braunkohlenförderung. Beginnen wird dieser dauerhafte Verlust von Arbeitsplätzen mit Auslauf des Tagebaues Inden in gut fünfundzwanzig Jahren. Dies könnte das gleichzeitige Ende des Kraftwerkes Weisweiler

bedeuten. Zehn Jahre später folgt der Tagebau Hambach mit weiteren Kraftwerken. Danach läuft auch der Tagebau Garzweiler aus. Revierweit kann alles in allem ein Verlust von etwa 30.000 Arbeitsplätzen bei RWE und Externen drohen. In diesem Sinne gilt es rechtzeitig – also schon jetzt - die richtigen Weichen zu stellen.

Der Einstieg hierzu ist jetzt zu diskutieren. Denn: die beabsichtigte Änderung des Braunkohlenplanes Inden weg von der Wiederverfüllung hin zu einem Restsee würde RWE-Power ein Einsparvolumen von geschätzten 250 Mio. Euro bei den Rekultivierungskosten bescheren. Viele schielen bereits heute auf dieses Potential, um es für Ideen der Gegenwart jedweder Art nutzen zu können. Im Sinne einer vorausschauenden und nachhaltigen Strukturpolitik ist dies aber völlig falschen Ansatz: Wir können und wir dürfen nicht alles kurzfristig verzehren, was sich bietet, ohne an morgen zu denken. Unser Ansatz ist, aus dem oben genannten „Einsparvolumen“ von RWE-Power einen Strukturentwicklungsfonds zu bilden, mit dessen Hilfe dann, wenn der Strukturwandel in der Region allgemein und im Kreis Düren im Besonderen einsetzt, die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefördert werden kann. Mit einer solchen vorausschauenden Politik wird unsere Region zukunftsfähig bleiben können. Denn eines ist sicher: Wir werden einen ähnlichen Strukturwandel erleben wie das Ruhrgebiet. Diese inzwischen eine Generation andauernde Krise hat das Land mit Milliarden Euro begleitet, Geld, das in Zukunft nicht mehr vorhanden sein wird. Wo also soll Hilfe herkommen, wenn nicht heute entsprechende Vorsorge betrieben wird?

Unbestritten partizipiert die Region zurzeit an der Braunkohleförderung. Unbestritten ist aber auch, dass die Region ein Sonderopfer im Sinne nationaler Energiesicherung erbringt. Umsiedlungen und Umweltbelastungen unterschiedlichster Art seien hier stellvertretend genannt. Bodenschätze wie die Braunkohle sind in erster Linie ein Gesellschaftsgut. Deshalb muss die Gesellschaft an der Wertschöpfung beteiligt werden. Eine sinnvolle Teilhabe in diesem Sinne ist die Schaffung eines Strukturentwicklungsfonds. Wir sollten uns im übrigen davon leiten lassen, generationengerechter zu denken und die regionale Zukunftsfähigkeit zu sichern. Es darf nicht sein, dass jetzige Generationen alles ausbeuten, was auszubeuten ist, und nachfolgenden Generationen quasi „verbrannte Erde“ hinterlassen wird. Wie hieß der Slogan der CDU bei den vergangenen Wahlkämpfen? „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Wir halten dem entgegen: Sozialer ist, was auch zukünftig Arbeit ermöglicht! Ob letztlich ein Strukturentwicklungsfonds für diese Region ausschließlich aus dem ersparten Aufwand des Tagebaues Inden resultiert - wenn es denn so kommt wie zur Zeit angedacht - oder über eine Abgabe auf die Tonnage geförderter Braunkohle oder aber über beides gemeinsam, sei einmal dahingestellt. Über Details der Bildung eines solchen Strukturentwicklungsfonds und wer, wann, wie und wo etwas aus diesem Fond erhält, sind im Augenblick nicht die entscheidenden Fragen. Sie sind dann zu beantworten, wenn im Grundsatz eine Einigung erzielt wurde.

Einstimmig beschlossen